Anstoß

SEPTEMBER 2023
26.Jahrgang ZEITUNG DER LINKEN IN DER REGION SAALFELD-RUDOLSTADT

WIR SIND DIE LETZTE GENERATION, DIE NOCH ETWAS TUN KANN. FÜR ZUKÜNFTIGE GENERATIONEN WIRD ES ZU SPÄT SEIN, UM DEN KLIMAWANDEL ALS EXISTENZIELLE KRISE NOCH AUFZUHALTEN.

CAROLA RACKETE
AKTIVISTIN

Foto: Tom P.

Mit Plan und Motivation in die nächsten Wahlkämpfe!

2024 wird gewählt – und das sogar ziemlich oft. Stadt- und Gemeinderäte, Bürgermeister_innen, Ortsteilräte, Kreistag, Europäisches Parlament, Thüringer Landtag und im darauffolgenden Jahr schon der Bundestag.

Von Lositz bis Brüssel werden in den kommenden zwei Jahren also überall die Karten neu gemischt (allein die Landratswahl bleibt uns erspart).

Damit ergeben sich für uns große Chancen, linke Politik wieder praktisch zu machen und an die Menschen zu bringen. Denn für die Menschen da zu sein – das ist, was unsere Partei ausmacht. Betrachten wir die aktuelle politische Situation, müssen wir aber auch feststellen, dass besonders eine Partei die derzeitige Stimmung in politisches Kapital verwandeln kann. Schon jetzt träumt die AfD davon, weite Teile Thüringens blau zu färben und ihre menschenfeindliche Agenda in den Kommunalparlamenten umzusetzen. Das müssen wir mit aller Kraft verhindern!

Unsere kommenden Wahlkämpfe sind also nicht nur Kämpfe für uns, sondern auch gegen die AfD.

Konkret bedeutet das, dass wir den Wählenden mit unseren Positionen nicht missionarisch gegenübertreten und sie „auf unsere Seite“ ziehen wollen, sondern dass wir Ihnen ein politisches Angebot machen, das ihre Vorschläge und Ideen von vornherein mit einbezieht. Wir wollen nicht nur von uns überzeugen, sondern den Menschen Politik und Demokratie wieder näherbringen.

Dazu müssen wir in den kommenden Wochen und Monaten, also schon weit vor der heißen Wahlkampfphase, aktiv werden. Wir müssen in den engen Kontakt mit den Menschen gehen und ihnen zuhören – am Infostand, in Dialogveranstaltungen und vor allem an der Haustür.

Wie das gelingen kann, haben wir am 2. September schon erfolgreich ausprobiert. Gemeinsam mit unserem Experten für Haustürgespräche Rainer Benecke sind wir durch Saalfeld gelaufen und haben die Menschen gefragt, wo bei ihnen der Schuh drückt. Die Antworten waren vielfältig, aufschlussreich und haben schon jetzt konkrete Anregungen für unsere kommunale Arbeit hervorgebracht. Besonders aber zeigte sich: Unsere direkte und offene Ansprache wird geschätzt. Dass Engagierte einer Partei nach Meinung fragen und nicht schon Meinung mitbringen, ist ein Ansatz, der inzwischen zu weit in den Hintergrund gerückt ist. Ihn wieder in den Vordergrund zu bringen, ist unser Ziel – und das bringt Freude. Es war wirklich überraschend, wie glücklich die Haustür-Wahlkämpferinnen und -kämpfer an jenem Tag zurück ins Haskala kamen. Die Auswertung ergab, dass die erste Aktion ein toller Erfolg war, der unbedingt weitergeführt werden soll.

Und das werden wir tun! Wir planen bereits die nächste Aktion in Saalfeld und eine ähnliche Veranstaltung für Rudolstadt. Denn wir müssen jetzt aktiv werden, um unsere Ziele zu erreichen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Wahlkampf beginnt jetzt! Meldet euch bei euren BO-Vorsitzenden und Stadtvorständen und teilt mit, wo ihr helfen könnt. Egal, am Infostand, bei der Flyerverteilung, in Haustürgesprächen oder beim Kuchenbacken für die Wahlkämpfenden – wir brauchen euch alle!

Das gilt auch für die Kommunalparlamente: Überlegt, ob ihr (erneut) für ein kommunales Mandat kandidieren wollt, fragt in euren Bekannten- und Freundeskreisen nach und teilt uns eure Vorschläge mit! Vielerorts werden wir wieder offene Listen aufstellen – eine Parteimitgliedschaft ist also nicht zwingend erforderlich.

Leon und das Kreiswahlbüro

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Kreiswahlbüro bittet euch alle um Mitteilung, in welchen Vereinen des Landkreises ihr aktiv tätig seid.

Infos bitte per Email an **info@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de** oder an den Kreisvorstand bzw. Leon.

WELTKINDERTAG: ARMUT KOSTET ZUKUNFT!

Der Weltkindertag stand in diesem Jahr unter dem Motto "Jedes Kind braucht eine Zukunft!" Doch in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, lebt weiterhin jedes fünfte Kind in Armut. Wer Kinder in Armut lässt, beraubt sie ihrer Zukunft!

Während für Kampfjets und Panzer immer Geld da ist, knausert die Bundesregierung ausgerechnet bei den Kindern. Die Kindergrundsicherung wurde von ursprünglich 12 auf 2,4 Milliarden eingedampft. Wir sind uns mit den Sozialverbänden einig: das ist viel zu wenig, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen!

Wir brauchen eine Kindergrundsicherung, die diesen Namen verdient. Im Klartext: kein Kind darf unterhalb der Armutsgrenze aufwachsen!

Die Crew des HASKALA und Genoss_innen des Kreisverbandes verteilten zum Kindertag Popcorn in Saalfeld
Fotos: Leon

Wo drückt der Schuh?

Zuschrift zur Kampagne des Landesverbandes "Wo drückt der Schuh?"

Hallo Liebe "LINKE".

Zuerst einmal danke für eure Arbeit,
meine Familie und ich sind treue Anhänger!

Tja, wo der Schuh drückt... für mich sind es sehr, seeehr viele Dinge, an denen Ihr aber auch wenig ändern könnt (Hass, Neid, Gier, Rassismus, Empathielosigkeit der Gesellschaft, dieses verfluchte Daueroptimieren überall und immer... sowohl privat wie auch gerade im Arbeitsleben (die Welt sollte bzw. müsste sich zwingend entschleunigen))

Also haben wir einfach unsere 6-jährige Tochter Anna (ihr war es wichtig, dass ihr Name genannt wird :)) gefragt, was sie gerne ändern würde bzw. wo der Schuh im Viertel drückt bzw. der Stadt.

Hier ihre Antwort: "Die sollten mehr Mülleimer überall hinstellen, weil zuviel Müll rumliegt, und es fehlen Schaukeln auf vielen Spielplätzen!" Und sie findet doof, dass Menschen Dunkelhäutige nicht mögen.

In diesem Sinne, danke für das offene Ohr und macht weiter eine gute Arbeit.

Grüße von Anna und Familie aus Saalfeld.

Liebe Emmy,

zu Deinem 100.Geburtstag gratulieren Dir die Saalfelder Genossinnen und Genossen sehr herzlich.

Gern erinnern wir uns an die gemeinsamen Veranstaltungen, an denen Du stets mit Aufmerksamkeit und Interesse teilgenommen hast. Auch Dein freundliches und offenes Auftreten in der BO Obere Stadt in Saalfeld ist uns in guter Erinnerung.

Es ist uns eine Freude, Dir die besten Grüße und Wünsche für weiterhin gute Gesundheit, viel Glück und eine friedliche Zeit zu übermitteln.

An unsere Genossin Emmy Preibisch, die jetzt in Oranienburg lebt. Sie gehörte viele Jahre dem Stadtverband Saalfeld an.

SEPTEMBER-SITZUNG DES KREISTAGES

ANTRAG DER KREISTAGSFRAKTION DIE LINKE

Nach erfolgreicher Klage der CDU-Kreistagsfraktion übergab die Kreisverwaltung allen Fraktionen den Bericht des Landesrechnungshofes (LRH) über die überörtliche Querschnittsprüfung zur Vergütungsstruktur der Geschäftsführungen und Aufsichtsorgane kommunaler Unternehmen in den Rechtsformen des privaten Rechts. Der LRH weist im Bericht darauf hin, dass dieser und die Anlagen vertraulich zu behandeln sind und deklarierte den Bericht als „Nur für den dienstlichen Gebrauch bestimmt“. Eine Begründung dafür liefert er nicht, im Gegenteil: Im Punkt 4.5. -Verwendung des Prüfberichts- wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass aus diesem ein Rückschluss auf einzelne Unternehmen bzw. Personen nicht möglich ist.

Erstaunlich klar äußerte er sich dagegen im Punkt 4.3.-Transparenz durch Veröffentlichung:

Nach der Feststellung, dass es bisher keine gesetzliche Verpflichtung zur Veröffentlichung von Geschäftsführervergütungen gibt, wird ergänzt, dass die Vergütungen der Bediensteten der Städte und Gemeinden transparent seien. Der LRH schlussfolgert: „Folgt man dem Grundsatz, dass in kommunalen Beteiligungsunternehmen auch im Wesentlichen kommunale Aufgaben ausgeführt werden, ist nicht ersichtlich, warum über die Vergütungen dieser Gesellschaften nicht berichtet werden sollte. Nach Zustimmung der Betroffenen könnte die Gesamtvergütung jedes Mitglieds der Geschäftsführung kommunaler Unternehmen im Anhang zum Jahresabschluss veröffentlicht werden. Eine Zustimmungserklärung könnte Bestandteil bei Verhandlungen zur Ausgestaltung von Geschäftsführeranstellungsverträgen sein“.

Mehrere Bundesländer – Berlin, Hamburg Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz – haben diesbezüglich verpflichtende gesetzliche Grundlagen geschaffen. So heißt es seit 2009 in § 108 Abs.1 der Gemeindeordnung in NRW bezüglich der Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts unter Punkt 9: „Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge ... der Mitglieder der Geschäftsführung ... unter Namensnennung ... angegeben werden.“ Dies gilt, wenn der kommunale Anteil am jeweiligen Unternehmen 50 Prozent übersteigt, im Übrigen sind bei bestehenden Unternehmen, die diese Kriterien erfüllen, die Kommunen verpflichtet, auf eine Anpassung der Satzung bzw. des Gesellschaftsvertrages und einer Ausweisung der Bezüge im Anhang zum Jahresabschluss hin zu wirken.

In Thüringen machen Unternehmen von §286 Abs.4 HGB Gebrauch. Diese Regelung besagt:

„Bei Gesellschaften, die keine börsennotierten Aktiengesellschaften sind, können die ... verlangten Angaben über die Gesamtbezüge der dort bezeichneten Personen (darunter von Geschäftsführern – Anm.d.Verf.) unterbleiben, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds dieser Organe feststellen lassen.“

Auch wenn es in Thüringen keine gesetzlich zwingende Regelung gibt, bedeutet das nicht, dass die Nennung der Geschäftsführervergütungen nicht möglich ist. §286 Abs.4 HGB darf zwar gemäß §75a ThürKO auch für kommunale Unternehmen angewendet werden, muss es aber nicht. Es ist nämlich eine Kann-Bestimmung.

Für seine Anwendung wird häufig als Begründung die sogenannte Neiddebatte genannt. Bernhard Zentgraf sagte 2016 als Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler dazu: Das ist eine „Schutzbehauptung“. Die solle dazu beitragen, „dass man etwas weiter geheim halten kann, von dem man meint, es ginge den Bürger nichts an.“ Er weist darauf hin, dass die Gehälter von Bürgermeistern und Landräten öffentlich sind. Die Bürger hätten ein berechtigtes Interesse zu erfahren, was die Chefs von kommunalen Unternehmen verdienen.

Die Kreistagsfraktion hat für die Sitzung des Kreistages deshalb folgenden Beschlussantrag eingereicht:

1. Der Kreistag spricht sich dafür aus, dass in den Jahresabschlüssen der kreiseigenen Gesellschaften von der Möglichkeit der Unterlassung der Angabe von Gesamtbezügen der Geschäftsführer (§286 Abs.4 HGB) kein Gebrauch mehr gemacht wird.
2. Der Kreistag bittet den Landrat als Vorsitzender der Gesellschafterversammlungen und die aus dem Kreistag gewählten Aufsichtsratsmitglieder, bei den Geschäftsführern um deren Einverständnis zu werben.

Hubert Krawczyk
Fraktionsvorsitzender

UNSERE ELITE GEHT IN DIE ZWEITE REIHE

Es ist der 9. September 2023. Ich registriere, dass unsere „Galionsfigur“ Gregor Gysi seine Funktion innerhalb der Bundestagsfraktion als Außenpolitischer Sprecher niederlegt. Das folgt nun nach den Rückzügen von Sahra Wagenknecht, Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch. Ich stelle mir die Frage: Ist das der Anfang vom Ende? Anlässlich der letzten Bundestagswahl schrieb ich an dieser Stelle in meiner Einschätzung zum Wahlergebnis, dass wir im Auge der Wähler mehr und mehr zu den Etablierten gezählt werden. Damit ist weitgehend der Grund, uns zu wählen, verlorengegangen. Wir haben uns besonders mit mehreren Regierungsbeteiligungen in verschiedenen Bundesländern der gegenwärtigen Gesellschaft angepasst. Dieser Prozess gleicht der Entwicklung besonders der SPD.

Hauptsächlich tragen unsere Spitzengremien, sprich Landes- und Bundesvorstand, für diesen Prozess die Verantwortung. Es ist schon bezeichnend, dass Genossen unserer Basis die Namen unserer neuen Eliten nicht mehr geläufig sind.

Hinzu kommt die gegenwärtige Gesetzgebung, die im sozialen Bereich im vergangenen Jahrzehnt stark nachgebessert wurde. Dass das vorwiegend durch unseren linken Einfluss passiert, ist der breiten Bevölkerung nicht bewusst, weil wir nicht in der Lage sind, das nach außen zu kommunizieren. Hinzu kommt, dass unsere politischen Gegner das Prinzip beherrschen, das unsere Klassiker schon herausgearbeitet haben: Solange man das Volk satt hält, entsteht keine revolutionäre Situation.

In Erwartung der Neuwahlen 2024 gilt es jetzt, in allen Ebenen gutes Personal, also geeignete Kandidaten, zu gewinnen die vor Ort auch die Akzeptanz in der Breite besitzen. Für dieses Vorhaben wünsche ich uns allen ein glückliches Händchen. Das gilt für unsere eigenen Mitglieder, aber auch bei der Gewinnung notwendiger und geeigneter Sympathisanten. Ich selbst stehe zu meiner wiederholten Kandidatur zum kommenden Kreistag.

Frank Persike
Bad Blankenburg

Foto: Tom.P

BERICHT VOM SAALFELDER STADTRAT

Mit dem Neustart nach der Sommerpause befasste sich der Saalfelder Stadtrat in der Septembersitzung mit dem wohl schwierigsten Thema in dieser Zeit, den Finanzen. Endlich konnte der Haushalt für 2023 beschlossen werden. Weiterhin wurde der Finanz- und Investitionsplan der Stadt Saalfeld für den Zeitraum 2022-2026 vorgestellt, Zuweisungen aus dem Klimapakt in konkrete Projekte vergeben und der Vertragsabschluss mit dem Thüringer Landestheater und Thüringer Symphoniker für die Jahre 2025-2032 behandelt. Ferner wurden ein Entwurf der Firma Helmut Knaus KG zur Errichtung eines Wohnmobilstellplatzes am Standort des ehemaligen Schlachthofes präsentiert und Informationen zur Neugestaltung „Auf dem Graben“ als touristisches Eingangstor mit Parkmöglichkeiten gegeben.

Der Entwurf zur Errichtung des Wohnmobilstellplatzes verspricht die Errichtung eines touristisch hochwertigen Angebotes, für die Zielgruppe der Wohnmobilbenutzer. Die Finanzierung würde durch die Firma Knaus erfolgen.

Der Saalfelder Haushalt für 2023 stellt sich mit einem Verwaltungshaushalt über 63,5 Mio. EUR und Vermögenshaushalt von 16,94 Mio. EUR dar. Im Plan ist eine notwendige Kreditaufnahme von bis zu 2 Mio. EUR erforderlich. Damit würde sich die statistische Verschuldung auf 273 EUR/Bürger erhöhen. Die Stadt Saalfeld ist hier thüringenweit im moderaten Bereich. Der Aufwuchs des Verwaltungshaushalts, bezogen auf das Vorjahr um 6,2 Mio. EUR, erklärt sich mit den gestiegenen Personalkosten infolge Tarifsteigerungen, Erhöhung der Energiekosten und der immer noch anhaltenden ungewöhnlichen allgemeinen Preissteigerung. Trotz erhöhter Zuwendungen durch das Land Thüringen an die Kommunen kommt Saalfeld nicht ohne Neuverschuldung aus. Die Höhe der erforderlichen Kreditaufnahme wird sich Ende 2023 entscheiden und vom Stadtrat beschlossen werden. In der Diskussion zum Haushalt gab es natürlich Forderungen an das Land um mehr Zuweisungen von Geldern für die Kommunen. Da das Land diese stets steigerte, muss man sich schon um solide Kommunalfinanzen sorgen, wenn eine künftige Landesregierung die Kommunen nicht so im Fokus sieht, wie die aktuelle.

In der Haushaltdiskussion forderte die LINKE-Fraktion die CDU auf, einen im Landtag eingebrachten Antrag zur Senkung der Grunderwerbsteuer zurückzuziehen, um das Land nicht finanziell zu schwächen. Aber auch im Hinblick darauf, durch welchen Partner der Antrag zur Umsetzung käme, ist solch eine Beschlussvorlage kontraproduktiv. Das Land steckt selbst in einer prekären Haushaltslage und kann nur Geld an die Kommunen verteilen, welches vorhanden ist. In seiner Erwiderung wies Herr Kowalleck, Mitglied der CDU-Landtagsfraktion, auf die Zielsetzung zur Unterstützung junger Familien hin und warb dafür, alle Kontakte zum Land zu nutzen, um mehr Gelder für die Stadt Saalfeld zu generieren. Das hat Geschmäckle. Gelder auf der Einkommensseite entziehen und erhöhte Ausgaben einfordern. Warum die LINKE-Fraktion das kritisch sieht, ist im Folgebeitrag begründet.

Beim Antrag zum Vertrag mit dem Theater Rudolstadt wurde durch den Bürgermeister Herrn Dr. Kania die konstruktive Zusammenarbeit zur Lösung eines Problems gewürdigt. Explizit lobte er den Chef der Thüringer Staatskanzlei Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff wegen seines Verständnisses der Sorge der Kommunen über nicht mehr leistbare Kostensteigerungen und Findung einer konstruktiven Lösung. Der Bürgermeister sah in der Lösung einen Sechser im Lotto für die Stadt Saalfeld. Dem Vertrag wurde mehrheitlich zugestimmt. Die Rechtsaußenpartei verweigerte sich dem Vertragsentwurf.

Bei der Verwendung der Zuweisung aus dem Klimapakt mit Kommunen handelt es sich um zweckgebundene Maßnahmen für den kommunalen Klimaschutz und Klimaanpassung. Die Gelder stammen vom Land aus dem Thüringer Klimagesetz. Der Stadt Saalfeld/Saale wurden 2023 als Sonderlastenausgleich 207.158 EUR zugewiesen. Eingesetzt werden die Gelder für die Instandsetzung Saaleradweg Reschwitz, Ersatzpflanzungen von Bäumen sowie Umstellung der Beleuchtung im Kindergarten Dittrichshütte auf LED sowie weitere Straßenbeleuchtung auf LED-Basis. Auch hier sah die Rechtsaußenpartei keinen Bedarf und stimmte nicht zu. Wieso eigentlich? Weil die Gelder vom Reizwort Klimapakt stammen? Alternativvorschläge gab es nicht. Sollten die Gelder aus AfD-Sicht dem Land rücküberwiesen werden?

WARUM IST DER CDU-ANTRAG ZUR SENKUNG DER GRUNDSTEUER NICHT ZIELFÜHREND?

Auf welche rechte Kraft sich die CDU bei ihrem Antrag stützte, ist hinreichend bekannt und einer Ablehnung würdig. Es gibt aber auch weitere Gründe, die gegen die Reduzierung der Grunderwerbsteuer sprechen und dazu zählt die Effizienz. In der Antragsbegründung hieß es, man wolle junge Familien beim Grunderwerb unterstützen, damit diese sich ein eigenes Heim aufbauen können. Des Weiteren sollte eine Entlastung der Wirtschaft erfolgen. Oberflächlich gesehen erfolgt eine Unterstützung, da ja eine Steuer gesenkt wurde. Doch wer profitiert wirklich? Zum einen nur die Familien, die Grunderwerb beabsichtigen, also nur eine kleine Schnittmenge der Zielgruppe junger Familien. Andererseits wird die Reduzierung der Grunderwerbsteuer um 1,5 %, also auf 5 % vom Kaufpreis nicht dazu führen, dass sich Kaufinteressenten wegen der Steuerentlastung für einen Grundstückserwerb entscheiden. Eine enge Finanzierung wird mit dieser Steuerentlastung nicht sicherer. Auch bei Grundstückskäufen durch Unternehmen sehe ich keine große Relevanz. Geht es um Ansiedlung oder Erweiterung von Geschäftsflächen, spielen andere Standortfaktoren eine wesentlich dominantere Rolle.

Durch die Absenkung der Grunderwerbsteuer verliert das Land Thüringen jährlich 40 bis 60 Mio. EUR an Einnahmen! Bis zuletzt gab es Angebote durch R2G, die Summe im Thüringer Haushalt zur Entlastung von Familien einzusetzen. Hierbei sollten CDU-Vorschläge eingebunden werden. Diesen Weg wollte die CDU nicht gehen und setzte auf mehr Publicity statt auf ehrliche Verhandlungen im Sinne junger Familien.

Sven Kurzhauer

Wir nehmen Abschied
von unserer Genossin

Renate Elsner

01.12.1931 – 17.08.2023

Wir werden ihr ein
ehrendes Andenken bewahren.

Die Mitglieder des Stadtverbandes Saalfeld

Foto: HASKALA

DAS VERBOT DER HAMMERSKIN-NATION DEUTSCHLAND

INKONSEQUENT GEGEN EXTREM RECHTE STRUKTUREN

Am Dienstag, dem 19. September, kam es zum bundesweiten Verbot der „Hammerskin-Nation“ (HSN) in Deutschland sowie ihrer Unterstützer-Struktur, der „Crew 38“. Mehr als 12 sogenannte Chapter (also regionale Strukturen) hatte die Hammerskin-Nation in Deutschland, Durchsuchungen fanden in 10 Bundesländern, bei 28 Mitgliedern, unter anderem in Thüringen statt.

Die Bundesinnenministerin Nancy Faeser verkündete: „Das Verbot der ‚Hammerskins Deutschland‘ ist ein harter Schlag gegen den organisierten Rechtsextremismus. Mit diesem Verbot beenden wir in Deutschland das menschenverachtende Treiben einer international agierenden Neonazi-Vereinigung.“

Ein „harter Schlag“ gegen die Hammerskin-Nation in Deutschland hätte anders ausgesehen. Und wäre auch im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt aufgefallen.

WER SIND DIE HAMMERSKINS?

Die 1986 in Dallas, Texas gegründete „Hammerskin-Nation“ ist eine international konspirativ agierende, neonazistische Elite-Organisation, die fast wie ein Geheimbund organisiert ist. Ideologisch vertreten sie das „White Power“-/„White Supremacy“-Konzept, sie kämpfen für die „Reinheit der Rasse“. Die antifaschistische Recherchestruktur „EXIF“ (https://exif-recherche.org/), die in den vergangenen zwei Jahren mehrere detailliert recherchierte Artikel mit zahlreichen internen Informationen über die Hammerskin-Nation Deutschland veröffentlicht hatte, schreibt: „Dass die HSN die Vorbereitung auf den sogenannten „Tag X“ ernst nimmt, belegen etlichen Bilder von Schießtrainings, an denen sich Hammerskins beteiligen oder die von Hammerskins ausgerichtet werden. Die Hammerskins betonen, dass es ihnen – in Abgrenzung zu anderen Gruppen – stets „um die Sache“ gehe. Gemeint ist damit der „White Power“-Gedanke, der Kampf um die Vorherrschaft einer „weißen Rasse“. Für ihre Überzeugung sind Hammerskins auch bereit zum Äußersten zu gehen. Rassistische Angriffe, Mord und Totschlag ziehen sich wie ein roter Faden durch die Organisation. Viele Mitglieder sind wegen Körperverletzung, unerlaubten Waffenbesitzes oder ähnlichen Delikten vorbestraft. Der daraus entstandene Ruf ist einer der Gründe, der den Hammerskins innerhalb der neonazistischen Szene weltweit Anerkennung und Achtung verschafft.“

Wie weit sie bereit sind für ihren menschenverachtenden Kampf zu gehen, zeigten u.a. die rassistischen und islamophoben Morde 2012 in einem Sikh-Tempel in Wisconsin, USA. Sechs Menschen starben durch die Schüsse eines Mitglieds der Hammerskins.

DAS FRÜHWARNSYSTEM VERFASSUNGSSCHUTZ

1991 gründete sich die deutsche Hammerskin-Division, über mehr als 30 Jahre konnte sie, weitgehend ungestört durch Sicherheitsbehörden, in Deutschland agieren. Dem sich selbst als „Frühwarnsystem“ deklarierenden Verfassungsschutz gelang es zwar über die Jahre immer wieder V-Leute in der Struktur zu finanzieren, zur Aufklärung über die Gefahr der Hammerskins trug dies jedoch nichts bei. Im Gegenteil: in den letzten Jahresberichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz werden die Hammerskins nicht erwähnt. Das durch antifaschistische Strukturen seit Jahren veröffentlichte Wissen, die zahlreichen Verbindungen von Hammerskin-Mitgliedern zum Kerntrio des „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) und insbesondere die tiefgehenden Recherchen von EXIF hätten längst zu einem Verbot der Hammerskin-Nation Deutschland führen müssen. Dass eine zutiefst antisemitische und rassistische Bruderschaft, die sich fest der nationalsozialistischen Ideologie verschrieben hat, über 30 Jahre weitgehend ungestört von Sicherheitsbehörden in Deutschland agieren konnte, macht erneut deutlich, dass rechte Strukturen und die von ihnen ausgehende Gefahr von Sicherheitsbehörden immer noch nicht ernst genug genommen und konsequent bekämpft wird.

Doch nicht nur das Bundesamt für Verfassungsschutz muss sich Versagen im Umgang mit der Hammerskin-Nation Deutschland vorwerfen lassen, selbes gilt für das Thüringer Amt für Verfassungsschutz. Im letzten veröffentlichten Jahresbericht des Verfassungsschutzes Thüringen 2021 werden die Hammerskins nicht einmal namentlich erwähnt. In den vorherigen Jahren tauchen sie – wenn überhaupt – oft nur als Randnotiz auf. Und das, obwohl das 2017 stattgefundene ‚Rock gegen Links‘ in Themar eines der größten Konzerte der Hammerskins in Europa war, bei dem auch Deutschlandchef und mutmaßlicher Europa-Chef der Hammerskins, Malte Redeker, selbst vor Ort war. Wie relevant Thüringen für die Hammerskin-Nation bis zum Verbot war, zeigt sich an mehreren Stellen.

THÜRINGEN UND DIE HAMMERSKIN-NATION

In Thüringen leben nicht nur führende Akteure der Hammerskins, vor allem konnten über Jahre hinweg – zumeist ungestört – Hammerskin-Veranstaltungen stattfinden. War zuerst die „Erlebnisscheune Kirchheim“ relevant, wurde diese ab 2019 vom „Flieder-Volkshaus“, der Landeszentrale der NPD (DIE HEIMAT) in Eisenach, abgelöst.

Das „Flieder-Volkshaus“ war jedoch nicht die einzige rechte Immobilie, auf die die Hammerskins in Eisenach Zugriff hatten. So konnten sie im Juli 2019 ein zuvor verbotenes Rechtsrock-Konzert im „Bulls Eye“, der Kneipe des seit April 2022 inhaftierten Führungskaders von ‚Knockout 51' Leon Ringl, durchführen. Hier zeigt sich erneut, dass ‚Knockout 51' mit anderen militanten Neonazi-Netzwerken tief vernetzt war.

Durchsuchungen fanden jedoch nur in Altenburg bzw. im Altenburger Land statt. Der am 19.09.2023 durchsuchte Thomas Gerlach aus Heukewalde (Altenburger Land) ist eine jahrzehntelang aktive Führungsperson der Hammerskins in Thüringen. Die extrem rechten Aktivitäten von Thomas Gerlach könnten ein ganzes Buch füllen. Seit mehr als 20 Jahren bei der HSN aktiv, ist er nicht nur regelmäßig bei den konspirativ organisierten Treffen, sondern ist international bestens vernetzt, bspw. innerhalb Russlands und in Portugal. Gemeinsam mit dem später verurteilten NSU-Helfer Wohlleben war er Mitveranstalter rechter Großkonzerte, wie dem „Fest der Völker“ in Jena oder auch dem „Tag der Nationalen Jugend“ an unterschiedlichen Orten in Thüringen. Mehrfach als Zeuge im NSU-Prozess geladen, verweigerte er jegliche Angaben zur Bruderschaft der Hammerskins, da dies mit seinem „Wertegefühl“ nicht vereinbar sei. Am Beispiel von Thomas Gerlach wird deutlich, dass mindestens Teile der Hammerskins als Unterstützungsstruktur für den rechtsterroristischen NSU zu betrachten sind. Dass jemand mit einer zutiefst menschenverachtenden Ideologie als Altenpfleger in einer Einrichtung im Altenburger Land arbeitet und es bisher keinerlei dienstliche Konsequenzen gab, ist erschreckend.

KEIN „HARTER SCHLAG“

Ähnlich erschreckend ist – ausgehend vom „harten Schlag“, den die Bundesinnenministerin verkündete – dass es bei mehreren relevanten Akteuren der Hammerskin-Nation – auch in Thüringen – keinerlei Durchsuchungsmaßnahmen gab.

Weder beim seit 2020 im Kyffhäuserkreis lebenden maßgeblichen Hammerskin-Akteur Nils Budig, der u.a. als Organisator des letzten Hammerskin-Konzertes am 08. Juli 2023 in Eisenach auffiel und dem Hammerskin-Vertriebsstrukturen zuzurechnen sind, noch bei dem im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt lebenden und bis vor wenigen Wochen in einem Saalfelder Sportstudio trainierenden neonazistischen Liedermacher „Barny“, der bereits seit Jahrzehnten erst für „Blood & Honour“ und folgend für „Hammerskin“-Veranstaltungen die musikalische Begleitung liefert.

Deutlich wird erneut, dass antifaschistische Recherchestrukturen wie EXIF mehr und tieferen Einblick in militante Neonazi-Strukturen haben als Sicherheitsbehörden. Ihr Wissen und ihre Analysen ernst zu nehmen, anstelle sie zu diskreditieren und zu kriminalisieren, wäre ein richtiger Schritt, um wirklich konsequent gegen rechte Strukturen vorzugehen.

Katharina König-Preuss

VOR 50 JAHREN: PUTSCH IN CHILE

ICH WERDE DEN 11. SEPTEMBER NIE VERGESSEN

– den 11. September 1973.

Im Sommer 1973 fanden in Berlin, der Hauptstadt der DDR, die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt.[1] In jener Zeit gab es viele politische Prozesse und Ereignisse, die uns hoffnungsvoll machten. Von zahlreichen Staaten wurde die DDR endlich diplomatisch anerkannt, die Aufnahme in die UNO warf ihre Schatten voraus. Die weltweite Solidaritätsbewegung gegen den Vietnamkrieg wurde immer erfolgreicher, der Sieg gegen die USA fast schon greifbar, die Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika erstarkten, Chile war auf dem Weg zum Sozialismus.

Bei der Eröffnung der Weltfestspiele wurden die Delegationen aus Nord- und Süd-Vietnam, aus Angola, Mosambik und Guinea-Bissau und vor allem die aus Chile besonders herzlich begrüßt.

In Chile hatte 1970 Salvador Allende an der Spitze der Unidad Popular, einem Bündnis linker Parteien, den Wahlsieg errungen. Seine Vision war die eines „demokratischen Weges zum Sozialismus“. Er verstaatlichte Großunternehmen wie die Kupfer- und die Salpeterindustrie, plante eine umfassende Agrarreform, der Bankapparat wurde unter staatliche Kontrolle gebracht. Jedes Kind erhielt täglich kostenlos einen halben Liter Milch.

Chile als Vorbild für ganz Lateinamerika? Unterstützt durch die USA, besonders deren Geheimdienst CIA, putschte das Militär unter General Pinochet am 11. September 1973 gegen die demokratisch gewählte Regierung Allende. Der Regierungspalast in Santiago de Chile wurde bombardiert, Allende nahm sich das Leben.

Pinochets Junta ließ politische Gegner sofort verfolgen, foltern und inhaftieren. Sie errichtete eine Diktatur, in der politische Parteien verboten wurden, Zensur herrschte und Kritiker gewaltsam ausgeschaltet wurden. Tausende wurden hingerichtet oder „verschwanden“. Das Stadion in Santiago de Chile wurde zum KZ umfunktioniert. Hier wurde auch der weltbekannte Sänger, Musiker und Theaterregisseur Victor Jara inhaftiert und gefoltert. Ihm wurden die Hände mit Gewehrkolben zerschlagen, damit er nicht mehr Gitarre spielen konnte, dann wurde er aufgefordert zu singen. Er sang. Er sang das Lied der chilenischen Revolution „Venceremos“ – „Wir werden siegen“. Mit 44 Schüssen wurde er schließlich ermordet.

Putsch vom 11. September 1973.
Bombardierung des Präsidentenpalasts La Moneda

Biblioteca del Congreso Nacional
CC BY 3.0 cl
via wikimedia.commons

Knapp eine Viertelmillion Chilenen floh ins Exil, 2.000 von ihnen ließen sich in der DDR nieder. Die Botschaft der BRD wies Flüchtende ab, verweigerte die Hilfe. Eine unrühmliche Rolle spielten hier auch der BND und die Colonia Dignidad.

Unter Pinochet wurde die chilenische Wirtschaft stark dereguliert, Steuern und Zölle wurden gesenkt, der Mindestlohn abgeschafft, Gewerkschaften verboten. Chile, sagt man aufgrund der radikalen Privatisierungsmaßnahmen, wurde unter der Diktatur umfunktioniert zu einem neoliberalen Laboratorium unter Weisung US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler.

Den 11. September 1973 werde ich nie vergessen. Ich hatte gerade mein Studium an der TU Dresden begonnen, war in der FDJ aktiv. Am Abend nahmen wir Studentinnen und Studenten an einer großen Demonstration teil. Auch wir sangen „Venceremos“. Weltweit wurde gegen die Einmischung der USA und gegen Folter und Mord protestiert.

Unsere Hoffnung erfüllte sich nicht. Augusto Pinochet blieb und mit ihm die Militärjunta. Der Terror dauerte an.

Birgit Pätzold

[1]Ulrich Wichert hatte im Anstoß – Dez. 2016 bis Juni 2017 – von der Vorbereitung der Spiele berichtet. Alle sieben Teile sind auch in einer kleinen Broschüre erschienen, die in der Geschäftsstelle noch vorrätig ist.

„fasste zu die
fremde hand
hart am hals
hart am hals
und mit ihr kam
über´s land
erneut der
fluch des
metalls
presste zu des
landes kehle
kupfern wurde
das rot
bleiern
schmeckte
jene nachricht
– allende
ist tot –
und mit ihm
starben viele
und man sah
es überall
die ermordeten
von chile
war´n
ermordet
für´s metall“

aus dem Lied
"Chilenisches Metall"
der Gruppe Renft

Text: K. Demmler

Meinungen, Beiträge, Kommentare, Kritiken für die nächste Ausgabe bitte bis 10.10. an: redaktion.anstoss@gmx.de

Der Anstoß ist auf Spenden angewiesen. Danke für deine Unterstützung!

IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22

Impressum

Anstoß

V.i.S.d.P.: Sascha Krüger • **DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt** • Saalstraße 38 – 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
Um Spende wird gebeten! Redaktionsschluss: **23.09.2023** • Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober. • Zuarbeiten, Beiträge, Wortmeldungen und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden. • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwahrend zu kürzen.

Hinweis: Sollten Sie dieses Heft unerwartet in Ihrem Briefkasten gefunden haben und weiterhin am Empfang folgender Hefte interessiert sein, rufen Sie unsere Kreis-Geschäftsstelle an oder lesen Sie künftig online auf unserer Homepage!

Impressum

Termine

Mi 11. Oktober 2023* • 18.00 Uhr
• Linker Treff hybrid

Do 12. Okt 2023 • 16.00 Uhr
HASKALA
• Treff am Donnerstag

Mi 18. Okt 2023 • 18.30 Uhr
• BO-Mitglieder-Treffen Stadt Saalfeld

Do 09. Nov 2023 • 15.00 Uhr
Weltladen Saalfeld
• Treff am Donnerstag

Mi 15. Nov 2023 • 18.00 Uhr
• Linker Treff hybrid

*Im September und Oktober findet der Linke Treff hybrid bereits eine Woche zeitiger statt.

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags
werden im Internet per Livestream übertragen, u.a. auf der Seite unserer Landtagsfraktion www.die-linke-thl.de

Mi 1. Nov 2023 • 14.00-21.00 Uhr
Do 2. Nov 2023 • 09.00-20.00 Uhr
Fr 3. Nov 2023 • 09.00-20.00 Uhr

Zitat des Monats:

Nach uns die Sintflut ist der Wahlspruch jedes Kapitalisten und jeder Kapitalistennation.

Karl Marx

MdB Ralph Lenkert am 12.09. in Saalfeld
Foto: B.Pätzold

JUGEND- UND WAHLKREISBÜRO "HASKALA"
KATHARINA KÖNIG-PREUSS (MDL)
SAALSTRASSE 38 • 07318 SAALFELD
TEL.: 03671 - 515489 • FAX: 03671 - 515490
www.haskala.de • info@haskala.de
השכלה HASKALA
Mo 14 - 18
Di 10 - 15
Do 13 - 18
Fr 10 - 15

Treff am Donnerstag

Unser nächster Treff am Donnerstag findet wie geplant am 12. Oktober statt, aber zum zweiten Mal in diesem Jahr erst um **16 Uhr im Haskala, Saalstraße 38.**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ersten Donnerstagstreffs, der im Mai auf Einladung der Haskala-Gruppe im Jugend- und Wahlkreisbüro von Katharina König-Preuss stattgefunden hatte, waren so begeistert, dass bereits im Mai ein zweiter Treff von Jung und Alt vereinbart wurde.

Wir bedanken uns herzlich für die Einladung und freuen uns schon auf unser gemeinsames Treffen!

Do 12. Oktober ab 16 Uhr
HASKALA
Saalstraße 38
Saalfeld

www.die-linke-sa-ru.de

spen | den :

Politik darf nicht käuflich sein!

DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die keine Spenden aus der Wirtschaft und von Unternehmen annimmt.

Der Anstoß ist auf Eure Unterstützung angewiesen!

IBAN:
DE67 8305 0303 0000 4500 22
DIE LINKE Saalfeld-Rudolstadt
Zweck: Anstoß

Lavendel.

DIE LINKE. Bad Blankenburg
Kirchplatz 1 • 07422 Bad Blankenburg

Julius Fučík (1929)
Foto: gemeinfrei via wikimedia.commons

8. SEPTEMBER 1943
JULIUS FUČIK

23.2.1903 in Prag geboren

1913 mit Familie nach Pilsen gezogen, staatliche Realschule

Als 12-jähriger politisch und literarisch interessiert.

1920 Studium in Prag, tritt der SDAP bei, rechnet sich zur Strömung der „Linken“

1921 Gründung der KPČ durch diese Strömung, er schreibt Kulturbeiträge für die Parteizeitung

Nach Beendigung des Studiums Redakteur der Zeitung Kmen (Der Stamm)

Er wird Verantwortlicher für Kulturarbeit, ständiger Mitarbeiter der „Rudé právo“ (Rotes Recht), wird wiederholt von der Geheimpolizei inhaftiert

1930 – 34 besucht mehrmals die UdSSR, ist begeistert vom Leben dort

1936 Teilnahme am antifaschistischen Widerstand gegen Henleins Sudetendeutsche Partei

1939 nach Einmarsch der deutschen Truppen Teilnahme an Widerstandsbewegung

1941 Mitglied des ZK der KPČ

24.04.1942 bei Razzia verhaftet, gefoltert

In der Haft entsteht „Reportage unter dem Strang geschrieben“, die von zwei Wärtern hinausgeschmuggelt wird.

Mai 1943 Nach Deutschland deportiert, Gefängnis in Bautzen und Berlin

Wegen Hochverrats angeklagt. Vorsitzender Richter ist Roland Freisler, der die Todesstrafe verhängt.

08.09.1943 in Plötzensee hingerichtet

„Menschen, ich hatte euch lieb, seid wachsam!“

1945 - 89 werden die kritischen Passagen seiner „Reportage unter dem Strang geschrieben“ gestrichen, seine Kritik an der Politik gegenüber der deutschen Minderheit und für die Rechte der Sudetendeutschen wird nicht veröffentlicht.

1995 erfolgt erstmals eine vollständige Ausgabe.

Sie wird in fast 90 Sprachen übersetzt.